

Schorndorf

Die SchoWo wegen der anhaltenden Pandemie abgesagt

Angesichts der anhaltenden Corona-Pandemie haben Oberbürgermeister Matthias Klopfer und Jürgen Dobler, Chef der Vereinsgemeinschaft (VG), auch für dieses Jahr das große Stadtfest abgesagt. „Wir sind enttäuscht“, sagte Jürgen Dobler bei einem Pressegespräch. Im November 2020 hätten Stadt und Vereine noch gehofft, die SchoWo 2021 veranstalten zu können. Am Ende hatte das Aus dann aber niemanden mehr überrascht. Weitere Planungen seien angesichts der aktuellen Corona-Situation sinnlos.

► Seite B 1



SchoWo-Erinnerung. Archivfoto: Palmizi

Rems-Murr-Kreis

Wie ist die Lage in unseren Kreis-Kliniken?

Alle sind genervt von Corona. Seit einem Jahr geht das so: Die Infektionszahlen dürfen nicht aus dem Ruder laufen, sonst bricht das Gesundheitssystem zusammen, das darf auf keinen Fall geschehen: Dieses Mantra könnte wohl jeder inzwischen im Schlaf aufsagen. Also: Wie sieht's aus an den Rems-Murr-Kliniken angesichts aktuell schwankender Inzidenzzahlen im Kreis, wann ist die Belastungsgrenze erreicht? Zwei Chefarzte berichten über Langzeitfolgen, Bettenkapazitäten und Impfstoffmangel.

► Seite C 1



Prof. Dr. Steffen Kunsch F.: Habermann

Wir sind für Sie da

AboService (07151) 566-444
aboservice@zvwd.de
8.00 - 12.00 Uhr

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
15459,75 Pkt. +204,42 Pkt.	4032,90 Pkt. +39,56 Pkt.	1,1986 Dollar +0,16 Cent

Wetter



Mittags 10°
Nachts 0°
Bewölkt, aber meist
niederschlagsfrei



Alles gefälscht

Kleidung, Schmuck, Motorsägen, Möbel: Es gibt nichts, was nicht irgendwo auf der Welt nachgemacht oder sogar gefälscht wird. Die „Aktion Plagiarismus“ hat nun erneut die dreistesten Fälschungen angeprangert.

Mehr Intensivbetten belegt – Kliniken stoßen an Grenzen

Fairer und schneller soll es zugehen: Der Impfgipfel schwört sich auf den Sommer ein und auf bessere Zeiten. Im Bundestag gibt es eine hitzige Debatte über die Bundes-Notbremse.

VON KAI HOLOCH
UND CHRISTOPH LINK

STUTTGART/BERLIN. Die Zahl der auf Intensivstationen versorgten Covid-19-Patienten ist auf 4740 gestiegen. Regional gibt es Engpässe in Kliniken. Dies geht aus Angaben der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (Divi) hervor. Die Divi schlug in einer Bundestagsanhörung zur geplanten Infektionsschutzgesetz-Änderung erneut Alarm und drängte auf schnelle Gegenmaßnahmen. Von den Betroffenen seien knapp 60 Prozent intubiert und beatmet, sagte Divi-Generalsekretär Florian Hoffmann.

Auch die Lage auf den Intensivstationen der Region Stuttgart spitzt sich weiter zu. Bis zu 95 Prozent der Corona-Erkrankten tragen die britische Variante in sich. Zwar hält sich die Zahl der Coronapatienten noch im eigentlich behandelbaren Rahmen, Sorgen bereitet den Kliniken aber die Tatsache, dass die Intensivpatienten immer jünger werden und häufiger an künstliche Lungen angeschlossen werden müssen. Deren Zahl ist aber begrenzt. Das Robert-Bosch-Krankenhaus (RBK) in Stuttgart etwa stoße schon jetzt an seine Grenzen, sagte Mark Dominik

„Wir kommen wegen des knappen Impfstoffs langsamer vor, als wir wollten. Aber es hat zu keinem Zeitpunkt ein Impfchaos geherrscht.“

Manfred Lucha,
Gesundheitsminister

Foto: dpa/
Sebastian Gollnow



Alscher, medizinischer Geschäftsführer des RBK, unserer Zeitung.

In der Hoffnung auf steigende Impfstofflieferungen verständigten sich das Land Baden-Württemberg, Ärzte, Sozialverbände und die Kommunen auf eine gemeinsame Linie und eine faire Verteilung der Impfdosen. Beim Impfgipfel beriet Gesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne) mit 100 Konferenzgästen vor allem die praktische Umsetzung des Impfens für die Zeit, in der die ersehnten Mengen an Impfstoff auch tatsächlich verfügbar sein werden. Ärzte und Kommunalverbände zeigten sich zufrieden mit den Gesprächen und zuversichtlich. „Unser Ziel ist, bis zum Herbst jedem Erwachsenen in Baden-Württemberg ein Impfangebot zu machen. Dafür brauchen wir alle Kräfte beim Impfen. Ab Sommer sollen alle Teile der Impfkampagne unter Vollast laufen“, versprach er.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) appellierte im Bundestag an die Abgeordneten, das neue Infektionsschutzgesetz rasch zu verabschieden. Jeder Tag früher sei ein gewonnener Tag. Eine hitzige Debatte entzündete sich an den geplanten Ausgangsbeschränkungen ab 21 Uhr.

► Kommentar

Kommentar

Abends raus

Die Corona-Ausgangssperre braucht es nicht, ein Kontaktverbot wohl.

VON CHRISTOPHER ZIEDLER

Aus vielen guten Gründen wirbt Kanzlerin Angela Merkel dafür, dass der Bundestag ihren Entwurf für das neue Infektionsschutzgesetz am kommenden Mittwoch möglichst unverändert beschließen möge. Zu lange ist zu wenig im Kampf gegen die dritte Welle passiert, wurden immer lautere Hilferufe aus den Intensivstationen überhört. Nur mit drakonischen Einschränkungen lässt sich die tödliche Wucht der Pandemie des mutierten Virus in nächster Zeit abmildern. Bei 3,6 Millionen Impfungen in der zurückliegenden Woche besteht inzwischen die reale Hoffnung einer überschaubaren Dauer.

In einem Punkt aber überspannt Merkel den Bogen. Eine Ausgangssperre ist unverhältnismäßig – die androhten Verfassungsklagen wären nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Seit Beginn der Pandemie lauert die Gefahr nicht an der frischen Luft – gerade erst von Wissenschaftler bekräftigt –, sondern in den Kontakten. Merkel betont, es gehe ihr genau darum, Begegnungen und Mobilität und somit auch die Virusübertragung einzudämmen. Dann aber sollte das Gesetz auch genau darauf abzielen und nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Vorbilder dafür sind Berlin und Hamburg. Besuche und Treffen sind dort zwischen 21 und 5 Uhr untersagt, allein oder zu zweit vor die Tür zu gehen bleibt möglich. Abends kurz rauszukönnen ist vor allem für Stadtbewohner ohne Balkon oder Garten etwas, das die Pandemiemüdigkeit auf ein gerade noch erträgliches Maß begrenzt. Es gibt Hinweise darauf, dass auch die Koalitionsfraktionen die vorgeschlagene Ausgangssperre in ein strenges nächtliches Kontaktverbot umwandeln wollen. Es wäre der richtige Weg.

christopher.ziedler@stzn.de

Temposünder müssen höhere Bußgelder zahlen

Landesverkehrsminister Hermann kann mit neuem Katalog gut leben.

BERLIN/STUTTGART. Autofahrer müssen sich bei Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung künftig auf deutlich höhere Bußgelder einstellen. Bund und Länder verständigten sich nach monatelangem Streit auf einen neuen Bußgeldkatalog, so die Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz, Bremens Senatorin Maïke Schaefer (Grüne).

Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) zeigte sich mit dem Kompromiss zufrieden. „Der Katalog sieht nun bei Tempo-Überschreitungen keine neuen Fahrverbote vor, aber deutlich höhere Bußgelder“, sagte Hermann über die Neuerungen. Wer bei einem Stau keine Rettungsgasse bildet oder diese sogar selbst nutzt, muss künftig mit einem Bußgeld zwischen 200 und 320 Euro sowie einem Monat Fahrverbot rechnen. Autofahrer, die ihr Fahrzeug im allgemeinen Halte- oder Parkverbot abstellen, finden unter dem Scheibenwischer künftig ein Knöllchen von bis zu 55 Euro statt wie bisher bis zu 15 Euro. (dpa/AFP)

Eltern machen sich stark für besseres Schulesen

Ernährungsserie Überprüfbare Qualitätsstandards im Land fehlen.

VON HANNA SPANHEL

STUTTGART. Bei der Verpflegung von Kindern in Kitas und an Schulen gibt es im Südwesten aus Sicht des Landeselternbeirats sowie der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) Baden-Württemberg noch viel zu verbessern. „Weil viele Caterer auch Firmen beliefern, steht dann sehr oft Fleisch auf dem Speiseplan – und das brauchen Kinder gar nicht“, sagte Susanne Petermann-Mayer vom Landeselternbeirat unserer Zeitung. Zudem sei das von großen Caterern angelieferte Essen häufig nicht kindgerecht und enthalte Komponenten, die Kinder nicht so gerne essen. Selbst gekocht werde in den Einrichtungen im Land eher selten, erklärte eine Sprecherin des Gemeindetags. „Da kann man lange reden, dass gesunde und nachhaltige Ernährung für Kinder wichtig ist. Das kommt wegen der Strukturen nicht an“, so Petermann-Mayer.

„Es ist Standard, dass Caterer Firmen und Seniorenheime beliefern und nebenher

Schulen oder Kitas“, sagte Peter Grimm von der DGE unserer Zeitung. Die Vergabe von Aufträgen durch die Träger – etwa die Kommunen – geschehe primär nach finanziellen Gesichtspunkten. „Dann gelten die Regeln der Ausschreibung: Es muss ein kostengünstiger Anbieter gewählt werden“, so der Gemeindetag im Land.

Verpflichtende Qualitätsstandards der DGE, wie sie etwa auch Bundesagrministerin Julia Klöckner (CDU) für Kitas und Schulen in den Ländern flächendeckend fordert, gelten im Südwesten nicht. „Nach solchen Standards zertifizierte Anbieter gibt es im Land nur sehr wenige“, erklärte der Hohenheimer Ernährungswissenschaftler Grimm. Die Qualitätsstandards betreffen etwa Herkunft oder Zubereitung der Produkte sowie Angaben dazu, wie häufig bestimmte Lebensmittel wie Fleisch angeboten werden. Ein qualitativ besseres und nachhaltigeres Essen müsse nicht unbedingt auch höhere Preise bedeuten, sagte Peter Grimm weiter.

Kretschmann fast so beliebt wie Merkel

MANNHEIM. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ist laut ZDF-„Politbarometer“ hinter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) bundesweit der beliebteste Politiker. Er liegt damit auch vor CSU-Chef Markus Söder, den Grünen-Vorsitzenden Robert Habeck und Annalena Baerbock und weit vor CDU-Chef Armin Laschet. Kretschmann war zuletzt im November 2019 in den Top Ten der Forschungsgruppe Wahlen.

Laut „Politbarometer“ halten 63 Prozent der Befragten CSU-Chef Söder für kanzenler-tauglich, bei Laschet sind es 29 Prozent. Im „Deutschlandtrend“ der ARD sprachen sich 72 Prozent für Söder aus und 15 Prozent für Laschet. Mit einer Entscheidung über die Kanzlerkandidatur der Union wird an diesem Wochenende gerechnet. (dpa/AFP)